

Ist Schweden nach dem NATO Beitritt sicherer?

Von Lotta Sjöström-Becker

Die völlige Invasion Russlands in der Ukraine am 24. Februar 2022 markierte einen Wendepunkt in der europäischen Sicherheitspolitik. Nur drei Monate später beantragte Schweden die NATO-Mitgliedschaft und gab damit seine über 200-jährige Neutralität auf. Zu dieser Zeit wurde Schweden von einer sozialdemokratischen Ministerpräsidentin regiert. Bemerkenswert ist, dass dieselbe Partei nur sechs Monate zuvor auf ihrem nationalen Kongress die Entscheidung bekräftigt hatte, nicht Teil der NATO zu werden.

Der schwedische Versöhnungsbund glaubt nicht, dass eine NATO-Mitgliedschaft Schweden sicherer macht, oder dass diese zu internationalem Frieden und Entwicklung beiträgt. Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, dass Schweden durch die NATO-Mitgliedschaft Teil einer Atomwaffen-Allianz wird. Atomwaffen sind kein Schutz, sondern eine Bedrohung für unsere Sicherheit. Schweden sollte sich aktiv für die weltweite Abschaffung von Atomwaffen einsetzen, unter anderem durch die Unterzeichnung des UN-Atomwaffenverbotsvertrags. Stattdessen befürwortet es nun eine sicherheitspolitische Doktrin, die den Einsatz von Atomwaffen vorsieht und plant.

Die NATO-Mitgliedschaft ist ein klarer Ausdruck einer veralteten Sichtweise darauf, was Sicherheit ist und wie sie erreicht werden kann, wobei sich fast alles um militärische Strategien dreht. Die komplexe Bedrohung, mit der wir konfrontiert sind, erfordert einen viel breiteren Ansatz und die Finanzierung in ganz andere Maßnahmen, nicht zuletzt in die Bemühungen zur Erreichung der in

der Agenda 2030 festgelegten globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung. Auf diese Weise können wir Demokratie und Menschenrechte stärken und einen nachhaltigen Frieden fördern, wobei der Schwerpunkt auf der menschlichen Sicherheit liegt.

Wie konnte es zu einer so raschen Kehrtwende kommen? Und was bedeutet die Mitgliedschaft bei der NATO für eine schwedische Friedensorganisation?

Wie konnte das so schnell gehen?

Wen oder was sollen unsere Sicherheitspolitiken schützen?

Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine wurde Russland in den schwedischen Medien und im politischen Diskurs als enorme und unmittelbare Bedrohung dargestellt. Die NATO-Mitgliedschaft wurde als offensichtliche Lösung präsentiert – die Debatte basierte oft eher auf emotionalen Appellen als auf strategischen Abwägungen.

Darüber hinaus haben sowohl die derzeitige als auch die vorherige Regierung wichtige demokratische und rechtliche Grundsätze aufgegeben, damit die Türkei die Mitgliedschaft Schwedens in der NATO akzeptiert. In der Praxis untergräbt dies direkt die Begründung für den NATO-Beitritt, der angeblich der Stärkung und Verteidigung der Demokratie und der Menschenrechte dienen sollte.

Emotionen wie Angst, Unsicherheit und nationale Identität spielten eine wichtige Rolle bei der öffentlichen Meinungsbildung. Politiker*innen

und Militärs dominierten den medialen Narrativ und stellten die NATO als einzigen glaubwürdigen Weg zur Wahrung der Sicherheit dar. Dieser Diskurs verdrängte alternative Perspektiven und trug dazu bei, die Entscheidung zu beschleunigen.

Die Debatte wurde stark vereinfacht. Befürworter*innen der NATO behaupteten von sich rational zu sein, während Gegner*innen der NATO oft als emotional abgetan wurden. Wie Professor Linus Hagström von der schwedischen Försvarshögskolan (Verteidigungsuniversität) jedoch hervorhob, waren beide Seiten stark von Emotionen beeinflusst. Der Diskurs bediente sich einer psychologisch aufgeladenen Sprache – Begriffe wie „Heimkehr“ oder „Teil des Westens werden“ –, die an die Identität und ein Zugehörigkeitsgefühl appellierten, und sich nicht nur strategischer Logik bediente. Die schwedische NATO-Debatte umfasste zwar auch militärische und verteidigungspolitische Aspekte, wurde aber gleichermaßen von emotionalen Narrativen, kultureller Identität und politischer Symbolik bestimmt.

Sicherheitspolitik betrifft nicht nur militärische Strategien und Verteidigung, sondern auch Auseinandersetzungen über Interpretationen, Emotionen und Identität.

Was sind die aktuellen Herausforderungen?

Eine der größten Herausforderungen besteht derzeit in der Verteilung der Ressourcen, insbesondere angesichts der Tatsache, dass die NATO-Mitglieder 5 % ihres BIP für



SCHWEDEN

Militärausgaben aufwenden sollen. Dies wirft Fragen hinsichtlich der Entwicklungshilfe, der innenpolitischen Prioritäten und der grundsätzlichen Definition von Sicherheit auf. Nach den Wahlen 2023 kam eine konservative Minderheitsregierung mit Unterstützung einer rechten Partei an die Macht. Eine ihrer Entscheidungen war es, die fast seit fast 100 Jahren bestehende finanzielle Unterstützung für schwedische Friedensorganisationen zu beenden.

Die offizielle Begründung lautete, dass sich die für diese Mittel zuständige Behörde auf internationale Arbeit konzentrieren sollte und nicht auf innenpolitische Interessenvertretung. Die Regierung argumentierte, dass Friedens- und Sicherheitsbemühungen auf das Ausland ausgerichtet sein sollten und nicht auf Belange innerhalb Schwedens. Diese Entscheidung könnte als Versuch interpretiert werden, kritische Stimmen zur Militarisierung und Befürworter*innen friedlicher Alternativen zum Schweigen zu bringen, insbesondere diejenigen, die Militärausgaben in Frage stellten, sich gegen eine NATO-Mitgliedschaft aussprachen oder sich für Diplomatie und gewaltfreie Konfliktprävention einsetzten.

Das DCA-Abkommen mit den Vereinigten Staaten

Noch bevor Schweden offiziell die NATO-Mitgliedschaft beantragte, unterzeichnete es ein Defence Cooperation Agreement (DCA - Verteidigungskooperationsabkommen) mit den Vereinigten Staaten. Dieses Abkommen erleichtert US-Militäroperationen in Schweden, darunter Übungen, Transport, Lagerung und Logistik. Es gewährt den US-Streitkräften Zugang zu 17 schwedischen Militäreinrichtungen.

Zwar bestehen ähnliche Abkommen zwischen den USA und anderen nordischen Ländern, doch das schwedische Abkommen ist das

einzigste, in dem Atomwaffen nicht ausdrücklich erwähnt werden.

Dies hat erhebliche rechtliche und sicherheitspolitische Bedenken aufgeworfen:

Besonders alarmierend ist, dass das Abkommen die Lagerung oder den Transport von Atomwaffen auf schwedischem Territorium nicht verbietet. Im Falle einer erhöhten Bedrohung oder eines Krieges könnte Schweden für den Einsatz von Atomwaffen genutzt werden – trotz offizieller Beteuerungen der Regierung, dass Schweden bei solchen Entscheidungen ein Mitspracherecht habe.

Gibt es positive Nebeneffekte?

Trotz der besorgniserregenden Aspekte gab es einige bemerkenswerte Nebeneffekte:

- **Anstieg der Mitgliederzahlen in Organisationen:** Die NATO-Mitgliedschaft hat das Interesse an Sicherheits- und Außenpolitik geweckt, auch bei Glaubensgemeinschaften und Friedensorganisationen. Die Swedish Peace and Arbitration Society hat ihre Mitgliederzahl verdreifacht, und das Swedish Fellowship of Reconciliation (SweFOR) verzeichnet einen Mitgliederzuwachs von 30 %.

- **Zunahme des öffentlichen Engagements:** Einige Friedens- und zivilgesellschaftliche Organisationen berichten von einem wachsenden Interesse und einer zunehmenden Beteiligung – möglicherweise als Reaktion auf den vorherrschenden militärischen Diskurs und den Drang, sich zu engagieren und etwas dagegen zu unternehmen. Infolgedessen hat SweFOR einen Workshop für Kirchen, Gruppen und Organisationen entwickelt, damit diese sich informieren können und um über friedliche, gewaltfreie Alternativen zur Beendigung von Krieg und Konflikten zu diskutieren. SweFOR verzeichnet auch eine

hohe Nachfrage nach der Vermittlung gewaltfreier Methoden und Strategien, die aufzeigen, wie man zu friedlichem Widerstand und friedlichem Wandel beitragen kann.

Fazit

Die rasche Kehrtwende Schwedens von der Neutralität zur NATO-Mitgliedschaft war nicht nur eine strategische Entscheidung – es war eine emotionale und identitätsbezogene Transformation. Das aktuelle politische Klima, Kürzungen der Mittel für Friedensorganisationen und rechtliche Risiken im Zusammenhang mit internationalen Abkommen werfen wichtige Fragen darüber auf, welche Art von Sicherheit Schweden aufbaut.

Als Mitglieder einer Friedensorganisation müssen wir uns weiterhin fragen: Welche Art von Frieden und Sicherheit wollen wir wirklich? Und wessen Stimmen werden gehört – und wessen zum Schweigen gebracht - bei der Gestaltung dieser Zukunft?

Lotta Sjöström Becker ist Generalsekretärin beim Swedish Fellowship of Reconciliation, dem schwedischen Zweig des Versöhnungsbundes

